Reichtum – Armut – Abstiegsängste

Referat Prof. Dr. Jürgen Schade am Montag, 9. März 2015 im bosco

**Einleitung**

Tagtäglich Nachrichten über Reichtum und Armut, nur 2 Beispiele: Starnberger Merkur am Freitag über Anstieg der Bedürftigen im Landkreis Starnberg und SZ im Wirtschaftsteil am Samstag zu Menschen, die einen Zweitjob zum Überleben benötigen.

Tagtäglich Nachrichten, über Reiche und Superreiche, über die Finanzindustrie, die im Geld schwimmen und Steuern hinterziehen. Dazu kommen Nachrichten, dass das Vermögen der Mittelschicht schrumpft, die Altersversorgung sich verschlechtert und mittelständische Unternehmen der Marktmacht der Großen ausgesetzt sind.

Tagtäglich Nachrichten über das Elend in vielen Ländern, der Nahe Osten, die Ukraine, Griechenland, das Elend der Flüchtlinge in den Lagern und bei der Überfahrt auf dem Mittelmeer.

Das bedrückt uns und wir wollen

1. Tatsachen wissen und nicht die Behauptung unserer „Wirtschaftsweisen“ im Herbst 2014 akzeptieren, dass die sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland etwas geschlossen hat,
2. Gründe hierfür ermitteln,
3. Auswirkungen auf die Menschen und die Gesellschaft betrachten und
4. darüber nachdenken, was wir tun können und was die Politik tun kann.

**I .** **Die Schere zwischen Arm und Reich**

Der berühmte französische Ökonom Thomas Piketty analysiert mit seinem in 15jähriger Arbeit auf Grund beeindruckenden Datenmaterials - zurückgehend bis ins 18. Jahrhundert -die ökonomischen und sozialen Abläufe in Europa und den USA. Seine grundlegende These für die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich ist die Erkenntnis, dass **die Kapitalrendite größer als das Wirtschaftswachstum** ist. Diese einfache Erklärung leuchtet ein: Beträgt das Wachstum 1 bis 2 Prozent, die Kapitalrendite aber 4 bis 5 Prozent, dann landet der Mehrwert weitgehend bei den Kapitaleignern, die abhängig Beschäftigten gehen dann leer aus. Diese Beobachtung trifft voll auf die Entwicklung der Löhne und der Kapitaleinkommen in den letzten 15 Jahren zu.

Andere seriöse Institutionen haben die Analyse von Piketty in den letzten Monaten bestätigt, so die OECD, die dieses Problem bisher nicht so gravierend angesehen hatte, das **Deutsche** **Institut für Wirtschaftsforschung**, das grüner und sozialistischer Umtriebe nicht verdächtig ist, hat sogar ermittelt, dass das **reichste Promille der Menschen in Deutschland 15**, das **reichste eine Prozent ein Drittel** und **die reichsten 10 Prozent knapp drei Viertel** des Gesamtvermögens besitzen. Bleiben für 90 Prozent nur ein Viertel und für **die untere Hälfte** **etwa 3 Prozent**, also praktisch nur das Nötigste, was man zum Leben braucht und manchmal nicht einmal das!

**II. Die Gründe für die Schere zwischen Arm und Reich**

Kein Wunder, dass Piketty von interessierter Seite heftig angegriffen wurde und wird. Die Behauptung war und ist: die Kapitalrendite entspricht dem Wachstum, also alle profitieren vom Wachstum. Aber, meine Damen und Herren, **warum bekommen wir dann keine Zinsen** mehr, warum wirft unsere Lebensversicherung nichts mehr ab? Wir, die wir hier sitzen, haben ganz sicher keine oder nur eine winzige Kapitalrendite, die wir auch noch mit 25 Prozent versteuern müssen, selbst wenn kein realer Ertrag mehr vorhanden ist. Das gilt aber nicht für die großen Vermögen. Gründe: **Monopolpreise, Steuerschlupflöcher**, **Verschleierung und Verschiebung von Gewinnen, Spekulationen wie Finanzderivate, Private Equity Fonds (das sind häufig Unternehmen, die andere ausschlachten), Korruption, mafiöse Strukturen (die Finanzindustrie lebt davon, z.B. Steuerhinterziehung, Manipulation von Leitzzinsen, Nummernkonten, Briefkastenfirmen** uvm.) Beispiele Bill Gates: nunmehr 79,2 Milliarden Dollar, ein Anstieg um 6,3 % oder US-Großinvestor Warren Buffet nunmehr 72,7 Milliarden Dollar, ein Anstieg in einem Jahr sage und schreibe um mehr als 25 %! Seit 2008 hat sich weltweit die Zahl der Milliardäre verdoppelt. Waren Buffet: **“Seit 20 Jahren tobt ein Klassenkampf und meine Klasse hat gewonnen“.**

Die Kehrseite der Medaille: In Deutschland gelten nach dem jüngsten Bericht des **Paritätischen Wohlfahrtsverbands 12,5 Millionen Menschen als arm**. Die Quote ist seit 2006 um 11 Prozent angestiegen, bei den über 65jährigen sogar um 37,5 Prozent.

**III. Die Auswirkungen auf die Menschen und die Gesellschaft**

Die Auswirkungen sind gravierend. Obwohl Deutschland als das prosperierende Land in Europa gilt, rutschen immer mehr Menschen in Notdürftigkeit und Armut. Das liegt an den **prekären Arbeitsverhältnissen**, die durch den nunmehr eingeführten Mindestlohn etwas verbessert werden. Es gibt aber tausend Umgehungsmöglichkeiten, angefangen vom Messergeld für Schlachter bis zum Abzug von Ruhepausen oder unbezahlten Überstunden. Immer mehr Menschen müssen zum Sozialamt gehen und Aufstockung beantragen.

Weil immer mehr Menschen **aus der Mittelschicht in die soziale Unterschicht rutschen** oder zu rutschen drohen, entstehen **Abstiegsängste**. Viele Menschen fragen sich – durchaus zu Recht – ob sie im Alter versorgt sind. Sie sehen, dass bereits heute die Altersarmut zunimmt. Unsere Gesellschaft spaltet sich zusehens in die, die sich etwas leisten können und in die, die jeden Euro umdrehen müssen, insbesondere ältere Menschen, meist Frauen, Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern.

Diese Menschen haben aber keine große Lobby. Wir sehen die Unterschiede in Berlin und in Brüssel: 90 Prozent der Lobbyisten vertreten wirtschaftliche Interessen, nur wenige soziale Belange oder treten für Umwelt- und Klimaschutz ein. Das schafft immer größeren Unmut. **Viele haben resigniert, gehen nicht mehr zur Wahl**. Sie wenden sich ab, weil wir ihnen nichts zu bieten haben. Andere artikulieren ihren Unmut ganz offen. Dabei werden aber häufig **Sündenböcke** gesucht und gefunden: Ausländer, Flüchtlinge, Minderheiten, andere Religionen, andere Länder. Das ist sicher eine Erklärung, warum die Menschen, die Pegida unterstützen oder unterstützt haben, für uns so unverständliche Parolen von sich gegeben haben. Oder denken wir nur an das Abfackeln von Flüchtlingsheimen, Gewalttaten gegen Ausländer oder Menschen jüdischen Glaubens oder an muslimische Terroristen, die vom Westen nichts mehr erwarten. Auf der anderen Seite **igeln sich Reiche immer öfter ein** hinter hohen Mauern, ohne Namen an der Tür und ohne Eintrag im Telefonbuch. Sie haben Angst, dass man ihnen etwas wegnehmen könne. Wo aber das Gefälle zwischen Arm und Reich zu große ist, wachsen Isolation und Kriminalität.

Es gibt auch noch eine Gruppe von Menschen und Staaten, die wir allzu oft aus den Augen verlieren. Das sind die Menschen in den Ländern der Dritten Welt, aber auch Länder in Europa und seiner Nachbarschaft. Wer den Film „Lets make money“ gesehen hat, weiß, dass die **Wirtschafts- und Handelsbedingungen für die Menschen in der Dritten Welt unfair** und ausbeuterisch sind. Wenn Sigmar Gabriel sagt, dass die Freihandelsabkommen für Deutschland vorteilhaft sind, dann weiß er genau, dass auch deutsche Unternehmen ihre Wertschöpfung auf Kosten der Menschen dieser Länder machen. Wir sollten nicht immer auf die „bösen Amerikaner“ schauen, sondern anfangen, vor unserer eigenen Haustür zu kehren. Nutznießer ist aber nicht die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland, den USA oder anderen westlichen Ländern, sondern die kleine Gruppe der Reichen und Superreichen, die den Hals nicht voll kriegen können.

**IV. Was können wir tun, was kann die Politik tun?**

Die Fragen sind vielfältig und ich werde nur einige wenige Antworten geben können. In hoffe, dass Sie in der Diskussion weitere zur Sprache bringen.

Gerhard Schick hat in seinem Buch einen ganz wichtigen Punkt benannt. Wir brauchen keine „**Machtwirtschaft**“, sondern wieder eine funktionierende Marktwirtschaft. Er fordert eine aktive Wettbewerbspolitik mit Fusionskontrollen, Entflechtung von Unternehmen, Bremsen des Größenwachstums, der Durchsetzung des Verursacherprinzips. Das ist aber noch zu wenig, weil die Festigung wirtschaftlicher Macht schon so weit fortgeschritten ist, dass eine Besinnung auf die alten Tugenden nicht mehr ausreichen wird.

Zunächst müssen wir verhindern, dass das **bestehende finanzkapitalistische System immer** **weiter ausgebaut wird. TTIP und TISA** nützen nur den großen multinationalen Unternehmen und werden die Menschen in Deutschland, Europa, den USA und in anderen Ländern immer stärkerer Wirtschaftsmacht aussetzen. Vielmehr sollten die Handelsbedingungen von der **Welthandelsorganisation** - einer UN-Unterorganisation - gestaltet werden, der fast alle Länder angehören und die deswegen die Interessen aller und nicht nur der westlichen Industrienationen vertritt. Auch die Freihandelsabkommen, die die EU mit den Ländern Afrikas und Lateinamerikas abschließt, haben für die Menschen dort häufig schlimme Folgen. Denken wir nur an die Hühnerbeine, die mit EU-Subventionen nach Afrika exportiert werden und den einheimischen Bauern das Geschäft verderben.

**Ich komme nun zum Steuersystem, das das entscheidende Instrument für eine wachsende oder eine sich verringernde Ungleichheit von Vermögen und Einkommen darstellt.** Ich habe lange darüber nachgedacht, wie wir vermitteln können, was wir unter einer gerechten und fairen Steuer verstehen. Das ist für uns Grüne deswegen so wichtig, weil uns die Konservativen im letzten Bundestagswahlkampf als Steuererhöhungspartei dargestellt haben, wobei wir eingestehen müssen, dass wir es ihnen auch leicht gemacht haben. **Nicht die Erhöhung von Steuersätzen kann unser Ziel sein, sondern eine gerechte und faire Besteuerung, die eine soziale Grundsicherung ermöglicht!** Wir können wir das erreichen?

**Wichtig ist zunächst das Stopfen von Steuerschlupflöchern**, um auch von Unternehmen und Beziehern hoher Einkommen einen fairen Anteil für die staatlichen Aufgaben zu erhalten. Es geht also nicht darum, konfiskatorische Steuersätze einzuführen, sondern darum, dass überhaupt Steuern bezahlt werden. Dazu gehören auch **faire Erbschaftssteuern**, bei denen kleine Erbschaften im Familienkreis weitgehend unversteuert bleiben, große Vermögen aber nicht eins zu eins an Erben weitergegeben werden können. Hierdurch werden ansonsten die Vermögen schlicht weitergegeben und verfestigen die bestehende Ungleichheit. Piketty macht darauf aufmerksam, dass immer mehr Reiche und Superreiche aus Erbschaften herrühren. Auch **faire Kapitalertragssteuern** sollten eingeführt werden. Es ist kaum einzusehen, dass die Arbeit wesentlich höher besteuert wird als die Kapitalerträge. Als Grund dafür wurde immer die Flucht großer Vermögen in Steueroasen genannt. Wenn wir es aber schaffen, dass diese Schlupflöscher verschlossen werden, dann kann wieder der gleiche Steuersatz erhoben werden. Schließlich – und darauf macht die heutige SZ aufmerksam – würde eine umfassende **Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte von 0,1 %** Deutschland nicht nur jährlich 45 Milliarden Euro im Jahr einbringen, sondern auch die computergesteuerte Spekulation mit Millionen Finanztransaktionen in Sekundenschnelle eindämmen. Leider gehen die Verhandlungen in Europa seit Jahren schleppend voran.

Wenn wir alles dies erreichen, könnten wir ohne weiteres die kalte Progression und den Soli abschaffen, das Existenzminimum anheben, ab dem Steuern erhoben werden und damit die Schere zwischen Arm und Reich etwas schließen.

Oxfam macht darauf aufmerksam, dass **Bildung für alle**, in den Industrieländern, aber auch in den Ländern der Dritten Welt eine fundamentale Voraussetzung zur Abschaffung von Ungleichheiten ist. Ich denke, dass wir in dieser Beziehung auch in Bayern noch viel zu tun haben, um die Begabung unserer Kinder ohne Ansehen ihrer Herkunft entsprechend zu fördern.

Und schließlich - und hier komme ich zum Schluss - ist **bürgerschaftliches Engagement** unverzichtbar. Darauf hat auch Gerhard Schick in seinem Werk besonderen Wert gelegt. Wir dürfen nicht müde werden, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu benennen und diejenigen zu vertreten, die nur eine schwache Stimme haben, um ihre Interessen zu artikulieren. Ich geben nunmehr den Stab an Anne Franke weiter, die die Situation in Landkreis Starnberg und unserer Gemeinde beleuchten wird.